

*„Können wir Kreisau? –
Dialogfähigkeit in Zeiten bedrohter Demokratien“*

Einführender Vortrag anlässlich des 80. Jahrestages der ersten Tagung des „Kreisauer Kreises“ im Berghaus auf dem Gut Kreisau

Grußworte vor der Rede:

- Helmuth Caspar von Moltke (Sohn von Freya von Moltke)
- Staatsministerin Claudia Roth, MdB

Anschließend Podiumsdiskussion

- Viola von Cramon-Taubadel, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Esther Dischereit, Lyrikerin, Essayistin, Theater- und Hörstückautorin
- Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
- Dr. habil. Robert Žurek, Geschäftsführender Vorstand, Stiftung
- Moderation: Pater Klaus Mertes

Meine Damen und Herren,

wir sind heute zusammengekommen, um die Vordenker des heutigen demokratischen Deutschlands zu ehren. Wir wollen auch der Frage nachgehen, wie das Vermächtnis der Kreisauer, der Gruppe um Helmuth James von Moltke, Orientierung geben kann in einer weltumspannenden Krise, wie wir sie gerade erleben.

Wir wollen erinnern und diskutieren. Und auch, wenn ich mich auf kontroversen Austausch auf dem Podium gleich freue, es wird wohl doch eher eine Debatte mit vielen Gemeinsamkeiten. Die Gesellschaft aber besteht nicht nur aus Konsens. Wir erleben dieser Tage zwar großen Zusammenhalt und große Solidarität – beobachten aber auch, dass es Gruppen gibt, die dem Recht des Stärkeren zugeneigt sind und auf Rücksichtnahme und friedliche Koexistenz pfeifen.

Zu einer funktionierenden Demokratie gehört Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Und eine Kernfrage im Umgang mit denen, die die Demokratie in Frage stellen lautet: Abgrenzen oder Ausgrenzen? Diese Frage habe ich mir in meiner Amtszeit als Chefredakteur des ZDF oft gestellt. Immer dann, wenn es um den Umgang mit Reichsbürgern geht, mit Putin-Freunden, mit

Verschwörungsideologen. Mit Feinden der Demokratie, der Medien, der Freiheit.

In Frankreich hat Marine le Pen es vor ein paar Wochen in die Stichwahl geschafft. Aber sie hat verloren, deutlicher als von manchen vorhergesagt. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein ist die AfD erstmals aus einem Parlament gewählt worden. Sie hat nun bei zehn Landtagswahlen nacheinander verloren. Man könnte meinen, die Hochzeit der Populisten sei am Ende, gebremst zumindest. Aber meine Diagnose lautet: Das Milieu der Desintegrierten ist zu groß geworden, ideologisch zu gefestigt und kommunikativ zu unabhängig, um darauf zu setzen, es werde irgendwie "von selbst" wieder verschwinden.

Ich bin überzeugt: Es hilft nichts als sich mit Selbstbewusstsein gegen undemokratische Positionen zu stellen, hinzugehen, hinzuhören – aber auch: über eigene Defizite nachzudenken.

Dazu werde ich gleich noch ausführlicher kommen. Zunächst möchte ich auf das dominierende Thema dieser Wochen eingehen: Wir erleben den Beginn einer neuen Epoche. Das vielzitierte Wort „Zeitenwende“ halte ich in der Tat für treffend. Denn wir sehen das, was wir für selbstverständlich hielten, unmittelbar bedroht und erleben einen Bruch bisher geltender Regeln. Die europäische Sicherheits-Architektur der Nachkriegszeit beruht auch auf der Unverrückbarkeit von Grenzen. Putin glaubt, dass das für ihn nicht gelte. Er greift ein demokratisches Land in Europa an – eine Flugstunde von Berlin entfernt. Die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer fühlen sich der EU und dem Westen näher als Moskau und dem Autoritarismus. Russland, der Aggressor, ist das eigene Bruderland, eine Atommacht. Eine russische Kollegin, mit der ich vor 20 Jahren eine Reihe von Russland-Dokumentationen gemacht habe, sagte mir einmal: Am Ende geht es darum, ob Russland oder die Welt untergeht. Das klingt sehr düster, ich weiß. Tatsächlich stand die Welt seit 1945 noch nie so am Abgrund. Es gibt eine reale atomare Bedrohung. Schon jetzt entwickelt sich ein neuer Eiserner Vorhang in Europa, und es ist nur noch die Frage, ob er vor oder hinter der Ukraine beginnt oder das Land zwischen West und Ost teilen wird. Ein geteiltes Land in Europa, 33 Jahre nach 1989. Da hatte Präsident

Selenskyj im Deutschen Bundestag recht: Eine neue Mauer entsteht.

Es gibt aber auch Signale der Hoffnung – wie es dem Westen durch seinen engen Zusammenhalt in den ersten Wochen des Krieges gelungen ist, ohne direkte militärische Einmischung Putins Angriff zu schwächen. Dazu gehört auch die große Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtenden, erfreulicherweise auch in Ländern, die sich 2015/16 noch sehr sperrig zeigten wie Ungarn und wie Polen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine beweist, wie Europa auch sein kann: verbündet, verlässlich, verbindend trotz der Risse, die beim EU-Gipfel deutlich wurden.

An vielen Stellen zeigt sich gerade, wie stark die Europäische Gemeinschaft sein kann. Und wie wichtig, ja überlebenswichtig, es ist, zusammenzuhalten. Stichwort Verteidigung, Stichwort Waffenlieferungen. Ohne Bündnisse – sei es die EU oder sei es die Nato – wäre Europa längst in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Da bin ich mir sicher. Ein weiteres zentrale Stichwort: die Energiesicherheit. Auch weil wir zu lange an „Wandel durch Handel“ geglaubt haben, stehen wir jetzt vor dem moralischen Super-Gau, Putins Krieg indirekt mitzufinanzieren. Die Versorgungssicherheit mit fossilen Energieträgern, mit Öl und Gas, kann Deutschland aber nicht allein herstellen. Auch hierfür braucht es Partner. Vielleicht ist das auch ein positiver Effekt dieser Tage: Die Zusammenarbeit, der Zusammenhalt der demokratischen Welt ist besser, ist enger geworden. So muss es auch sein, um einem Aggressor die Stirn zu bieten, der nur die Sprache der Macht versteht.

Als Kriegsdienstverweigerer, der zeitlebens dankbar war, dass ihm die junge Bundesrepublik 1975 dieses Privileg gewährt hat, bin ich natürlich betrübt darüber, dass in dieser Auseinandersetzung nur Waffen helfen. Trotzdem dürfen wir das „Frieden schaffen ohne Waffen“ als produktive Utopie, als Stachel in unserem Fleisch nicht aufgeben.

Der Krieg führt uns drastisch vor Augen, was Widerstand ausmacht: Mut, Hilfsbereitschaft, Solidarität. Verständigung mit Partnern aber auch mit Menschen und Staaten unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Weil es ein gemeinsames Ziel gibt: Den

Frieden wiederherstellen. Die Kreisauer Frauen und Männer haben diesen Geist mit Leben gefüllt. Sie haben Brücken gebaut, das Gemeinsame betont und Differenzen überwunden.

Aber kann man auch Brücken zu denen bauen, die die Axt an die Demokratie anlegen? Kann man die Desintegrierten mit Gesprächen, mit Argumenten zurückholen?

2018 habe ich mich als Chefredakteur des ZDF entschlossen, einer Einladung der AfD zu folgen. Ein ungewöhnlicher Schritt, damals wie heute. Ich möchte Ihnen meine Gründe dafür nennen. Erstens: weil eine Absage ebenso zur Propaganda hätte genutzt werden können. Zweitens: Weil die meisten im Saal, wenn auch mit der Faust in der Tasche, ihren Rundfunkbeitrag zahlen und insofern am öffentlich-rechtlichen System Anteil haben. Drittens: Weil diese Veranstaltung wahrscheinlich eine seltene Gelegenheit ist, in die AfD-Blase hineinzusprechen. Zu einer offenen Veranstaltung, etwa an einer Volkshochschule, wären wahrscheinlich nicht die gleichen Menschen gekommen, jedenfalls nicht als so abgeschlossenes Milieu. Ich habe mich nicht vorladen lassen, sondern bin mit einer klaren Botschaft gekommen: Eine Demokratie braucht Respekt vor ihren Institutionen, vor freiem und kritischem Journalismus.

Während der Veranstaltung fühlte ich mich ein bisschen wie der Bauer, der den Pflug ansetzt, aber feststellt, das Feld ist so trocken, der Boden geradezu festgebacken, dass er vielleicht Staub aufwirbelt, aber kaum eindringt. Meine Lehre aus den zwei Stunden: Der Block steht fest. Die Urteile sind schon gefällt. Die Selbstbezüglichkeit ist so groß, dass für Fakten von der anderen Seite des Tisches offenbar kaum noch Aufnahmebereitschaft vorhanden ist. Leider.

Dennoch: es hat sich für mich gelohnt, dass ich in diesen Saal mit seinen 300 Zuhörern hinein Angriffe der AfD Säulen unserer Demokratie, z.B. auf den Bundespräsidenten, markieren und Respekt einfordern konnte. Dafür gab es sogar Beifall. Ich habe für Toleranz und Diskussion geworben und für ein bestimmtes Klima der Auseinandersetzung. Das einige danach mit mir Selfies machen wollten, hat mich doch verblüfft.

Wir beobachten in manchen Milieus eine tief verankerte Enttäuschung, verweigerte Kommunikation – und ein mittlerweile fest abgeschlossenes, in sich gekehrtes und zwischen Weinerlichkeit und Selbstherrlichkeit schwankendes Weltbild. Politik, Partei, Medien, alle anderen Mitspieler in der Zivilgesellschaft stehen vor der Frage, ob sie dieses Milieu seiner Isolation überlassen oder doch Wege finden wollen, darin einzudringen.

Es saßen übrigens "ganz normale" Menschen vor uns – keineswegs die "Abgehängten". Es waren Damen und Herren, wie man sie "vor Merkel" in der CDU getroffen hätte, heimatlose Konservative, die mich im anschließenden Gespräch fast anflehten, ihre Positionen zu respektieren: Abtreibungsgegner, Menschen, die die Ehe für alle ablehnen, und Papst Franziskus für ein Unglück für die katholische Kirche halten. Solche Positionen sind per se nicht akzeptabel. Die Frage ist eher: Wie verhindern wir, dass solche Menschen abdriften ins Extreme? Die Wahrheit ist wohl: Indem wir die Mühe der Auseinandersetzung auf uns nehmen, zu verstehen versuchen, oft auch die dahinterstehenden Kränkungen. Aber dann müssen auch klare Grenzen gezogen werden, wo Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Verachtung gegenüber Minderheiten zum Programm geworden sind. Da hilft kein Dialog mehr. Da hilft nur noch klare Abgrenzung.

Der "Kreisauer Kreis" war ein Zentrum des bürgerlich zivilen Widerstands. Dabei war er keine feste politische Vereinigung. *Die führenden Köpfe waren Graf von Moltke, Graf von Wartenburg und Adam von Trott zu Solz. Dazu kamen etwa 20 Aktive und ebenso viele Sympathisanten. Sozialdemokraten wie Carlo Mierendorff, Julius Leber und Adolf Reichwein, Jesuitenpater wie Alfred Delp. Vertreter beider großer Konfessionen.* Ihnen allen gemeinsam war die unbedingte Ablehnung des Nationalsozialismus. Und der feste Wille, eine Neuordnung für Deutschland nach dem Ende des NS-Regimes zu ermöglichen. Ihre Werte, ihr ziviles und politisches Engagement, ihre Opferbereitschaft sind für uns Inspiration bis heute. Auch deshalb sind wir hier heute zusammengekommen. Weil wir

erinnern und ehren. Und weil wir merken, dass die Werte der Kreisauer auch heute, ja vielleicht gerade heute Vorbild sein können.

Es geht um Koalitionen in der politischen Mitte. Auch ungewöhnliche Koalitionen. Es geht aber auch um Abgrenzung gegenüber Extremen. Wir leben mittlerweile in einer Art Nischengesellschaft, in der bestimmte Probleme eben immer nur aus der jeweiligen Perspektive betrachtet werden. Argumente auszutauschen, ist da kaum möglich. Das ist gefährlich, denn unterschiedliche mediale Sichtweisen und Vermittlungen führen oft zu unüberbrückbaren Positionen.

Der Herrscher im Kreml jedenfalls ist einsam und gefährlich. Er – und mit ihm ganz Russland – ist in einer Weise isoliert, wie es seit 1945, den Spätjahren der Ära Stalin, noch nie der Fall war. Wenn man nichts mehr zu verlieren hat, worauf sollte man dann noch Rücksicht nehmen? Putin hat das Militär, den Geheimdienst, die Polizei hinter sich gebracht. Er schaltet die Gesellschaft gleich, verbietet die freie Presse, schlägt Demonstrationen nieder, verfolgt politische Gegner. Der russische Präsident ist zu einem Alleinherrscher, zum Diktator, geworden. Indem dieses Regime bestraft, wenn ein Krieg Krieg genannt wird, richtet es sich selbst. Je länger dieser Krieg dauert, desto weniger wird es gelingen, die Wahrheit dieses Angriffs auf das Brudervolk zu verschweigen. Man kann die Wahrheit nicht einsperren.

Umso mehr bestürzt es mich, seit einigen Jahren zu sehen, dass sogar EU-Länder genau das versuchen: freie Presse und andere Meinungen verbieten, Gerichte gleichschalten. Das ist ein Tritt mit den Füßen gegen die Freiheit des einzelnen und gegen das Zusammenleben der Gemeinschaft. Reden wir über **Rechtsstaatlichkeit**. Seit das Nachbarland der Ukraine die meisten Flüchtlinge in Europa aufgenommen hat, verlangt Polen von der EU, bei der Rechtsstaatlichkeit beide Augen zuzudrücken. Das geht nicht. Justizreformen, die Gerichten ihre Unabhängigkeit nehmen, Einflussnahme auf die Presse und das vom Parlament gewollte Mediengesetz, welches Regierungskritiker zum Schweigen gebracht hätte, und dann

noch die Entscheidung für ein faktisches Abtreibungsverbot – in vielen Punkten entwickelt sich Polen zurück. Weg von einem modernen Staat, weg von einer liberalen Demokratie.

Übrigens: Eine illiberale Demokratie, wie Orban sie propagiert und Kaczynski sie umsetzen will, gibt es nicht. Eine Demokratie muss liberal, vielfältig, kontrovers sein: oder es ist keine Demokratie.

Europa stellt Grundvoraussetzungen an seine Länder, für Regeln eines friedlichen, freien, modernen Zusammenlebens. Diese Eigenschaften müssen erfüllt werden. Ich finde: Demokratische Werte sind nicht verhandelbar, auch nicht wenn es einen gemeinsamen Feind gibt und nur wir alle anerkennen, dass sich Polen – auch wegen seiner Geschichte mit Russland und mit Deutschland – noch bedrohter fühlt als wir.

Als Demokraten halten wir Kritik aus. Allerdings müssen wir uns in Europa, in einer Werte- und Rechtsgemeinschaft, auf gemeinsame Kriterien verständigen. Populisten nutzen den Disput, um zu spalten. Wir dürfen uns aber nicht vormachen lassen, es sei schon Spaltung, wenn wir über Konflikte reden. Es ist keine Schande, sondern ein Privileg, Konflikte auszutragen und – wenn Entscheidungen anstehen – Kompromisse zu finden.

Das Narrativ der gespaltenen Gesellschaft ist gefährlich und aufgeladen. Extremisten und Verschwörungsideologen nutzen das bewusst, kreieren Narrative vom Zerfall nationalen Zusammenhalts, schüren Ängste vor schwindender Solidarität und Vereinzelung. Die Erzählung von der Spaltung ist eine Drohkulisse. Wir dürfen uns von den Feinden nicht immer wieder sagen lassen, dass die Demokratie am Ende ist. Sie ist es nicht.

Das Gegengift zur Spaltung heißt: zuhören, diskutieren, unterschiedliche Meinungen abbilden. Differenzieren und Einordnen. All das ist im Übrigen auch Auftrag und Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Länger soll der Werbeblock heute Abend nicht sein.

Als Gesellschaft bewegen uns viele Themen, über die wir unterschiedlicher Meinung sind. Das muss auch so sein in einer pluralistischen, liberalen Gesellschaft. Konflikte zu benennen, zu

ertragen und auszutragen, das unterscheidet uns doch von den autoritären Regimen der Vergangenheit und der Gegenwart. Ganz nebenbei ist ein Konflikt der Stoff, aus dem Journalismus gemacht wird. Wo ist der Konflikt, fragte mein Vorgänger Klaus Bresser immer. Wenn es keinen Konflikt gab, sah er das Thema gar nicht. Interessen- und Meinungs-unterschiede sind keine Schande. Im Gegenteil: Sie machen eine freie Gesellschaft aus.

Im Kern geht es doch, nicht nur für Journalisten, darum, an die Kraft von Argumenten und Fakten zu glauben, daran, dass widerstreitende Meinungen diese Gesellschaft voranbringen. Wir glauben, dass in diesem Sinn selbstbewusster Journalismus unentbehrlich ist. Wir müssen also unser professionelles, journalistisches Selbstbewusstsein gegen die Strategie der Verunsicherung unserer Gegner setzen. Neben aller Bereitschaft zu Selbstkritik, Transparenz und Dialog müssen wir auch eine Art Schutzhaut bilden, um unser schwieriges Handwerk Tag für Tag zu bewältigen. Das gilt heute ebenso für Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Lehrer – Diener des Allgemeinwohls, die allzu oft von Gegnern der Demokratie angegriffen werden. Journalismus muss heute zu Kritik und Aufklärung verpflichtet sein. Er muss – wie gesagt – demütig sein. Er muss sich seiner Privilegien in einer Welt des Öffentlichkeits-, Klick- und Reichweitenjags bewusst sein. Er muss aber auch wissen, dass Demokratie verletzlich ist. Unsere lange gewachsenen, gemeinsamen und verbindenden Werte sind nicht verhandelbar – nicht in Deutschland, nicht in Europa.

Wir erinnern heute an das wesentliche Verdienst der Kreisauer: Sie haben über die staatliche und gesellschaftliche Neuordnung Deutschlands innerhalb einer gesellschaftlich möglichst vielfältig zusammengesetzten Gruppe nachgedacht. Einige von ihnen bezahlten dafür mit ihrem Leben. Was wir davon lernen können: Demokratie gibt es nicht umsonst. Wir müssen sie aktiv verteidigen. Wir müssen an diesen Werten festhalten, für sie kämpfen.

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!